TÜRKİYE BARIS ve ÖZGÜRLÜK KOMİTESİ

Europakomitee für Frieden und Freiheit

European Commitee for Peace and Freedom

Comitee Europeén des Turcs pour Paix et Liberte

Komiteya Aşitiû Rizgari Tirkiye

OKTOBER - NOV. 1979



TÜRKEI HEUTE

Jetzt Abrüsten!

INFORMATIONEN
DOKUMENTATIONEN ANALYSEN

INHALT

TBÖK unterstützt jede Friedensinitiative

Als NATO-Mitglied muß die Türkei für Militärausgaben im Durchschnitt mehr Geld bereitstellen,als die anderen NATO-Länder. 1976 betrugen die Ausgaben des Verteidigungsministeriums allein 6,5% des nationalen Bruttoeinkommens,während sie in den USA 5,3%,in Italien 2,5%, in Kanada 1,9% und im NATO-Durchschnitt 4,4% ausmachten.

1977 bekamm das Verteidigungsministerium der Türkei 49,24 Mrd.TL, während für das Ministerium für Gesundheitswesen nur 485 Mio.TL berietgestellt wurden. Die Türkei unterhält außerdem eine 500 000-Mann starke Armee. Dies sind nur einige ganz krasse Gegensätze der Aufrüstungspolitik in der Türkei.

Unser Land, wie jedes andere, könnte ohne Zweifel die enorme Finanzquelle, die bei einer Kürzung der Rüstungsausgaben entstehen würde, für bessere, im Interesse der ganzen Bevölkerung liegende Bereiche, ausnutzen. Das wäre mehr als logisch.Das wäre menschlich.
Dies braucht natürlich eine Außenpolitik, die auf den Prinzipien der friedlichen Zusammenarbeit und gutnachbarlicher Beziehungen mit allen Ländern beruht.

Von dem Standpunkt ausgehend, nach dem der weltweite Frieden im Interesse der ganzen Menschheit liegt, begrüßt und unterstützt TBÖK (Türkische Europakomitee für Frieden und Freiheit) jede Initiative,die zur Sicherung und Förderung des Friedens beiträgt.

Jede Initiative zur Verhinderung und zur völligen Beseitigung militärischer Auseinandersetzungen, und noch mehr der atomaren Katastrophen, jede Initiative zur Völkerverständigung und des friedlichen Zusammenlebens, wird nach wie vor die volle Unterstützung des TBÖK finden.

TBÖK wertet die jüngste Berliner Friedensinitiative der Sowjetunion von diesem Gesichtspunkt aus und schließt sich diesem Streben nach Sicherung des Friedens voll an.

In diesem Sinne begrüßt TBÖK auch die Initiativen, wie die von FIDEF (Föderation der türkischen Arbeitervereine in der BRD), die mit einem Friedensfest am 1. Dezember 79 in Essen zur Sicherung des Friedens einen Beitrag leisten wird.
Ebenfalls unterstützt TBÖK die internationale Abrüstungsdemonstration am 9. Dezember in Brüssel.

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe Auszüge aus den Erklärungen der FIDEF und der Friedensgesellschaft der Türkei.

Die Redaktion

Nein zu den Todesraketen

Die Friedensgesellschaft der Türkei leitete eine Reihe von Protestaktionen gegen die Stationierung der US-Nuklearraketen in den NATO-Ländern ein.

An dieser Kampagne, die am 24.11.79 mit einer Demonstration in Izmir unter der Losung "Nein zu den Todesraketen" begann, nahmen auch sozialistische Parteien, Gewerkschaften und 60 weitere demokratische Organisationen teil.

Wir zitieren aus der Erklärung der Friedensgesellschaft der Türkei anläßlich dieser Aktionen:

"Die USA-Führung entwickelt heute einen neuen und gefährlichen Plan, der auf die Ankurbelung des Wettrüstens abzielt. Im Monat Dezember wird in den Staaten die Stationierung der 600 Pershing 2 und Cruise Missile Raketen, die weit entfernte Gebiete der sozialistischen Länder erreichen können, nach einem USA-Vorschlag diskutiert.

Nach den Aussagen ernstzunehmender Untersuchungen - die auch westliche Quellen haben können - besteht die übereinstimmende Einsicht, daß heute zwischen den USA und der UdSSR ein Gleichgewicht der militärischen Kräfte herrscht. Unter anderem durch dieses Gleichgewicht war es ja möglich, daß die Salt I und Salt II-Verträge unterschrieben wurden.

Nun wird dieses Gleichgewicht durch die neuen Vorschläge seitens der USA gestört. Eine solche Lage wird nicht nur dazu beitragen, daß das Wettrüsten vorangetrieben, sondern kann auch dazu führen, daß die Realisierung der Beschlüsse der Helsinkier Schlußakte erschwert und der Entspannungsprozeß erheblich gestört wird.

Außerdem bedeutet dieser Vorschlag der USA nichts anderes als den Versuch, die Kosten und die Gefahr des Wettrüstens auf die Schultern der europäischen Völker abzuwälzen.

Es ist vorgesehen, daß die Kosten der neuen Raketen unter den NATO-Ländern aufgeteilt werden. Über die Kontrolle der Raketen verfügen jedoch die USA.

Wenn man bedenkt, daß allein eine Pershing 2-Rakete 1 Milliarde Dollar kostet, dann fällt es nicht schwer zu erraten, wie groß die Last dieses neuen Plans für die NATO-Länder sein wird.

Der Vorschlag der USA betrifft die Türkei auch unmittelbar. Die Stationierung dieser Raketen in der Türkei steht auf der Tagesordnung. Und dies bedeutet eine untragbare finanzielle Last für unser Land, das sowieso in einer tiefen ökonomischen Krise steckt.

Die Friedensgesellschaft der Türkei verurteilt deswegen diesen Plan der USA, der vorsieht, daß wieder Milliarden Dollar, die für den Wohlstand der Menschheit ausgegeben werden könnten, für das Wettrüsten aufgebracht werden müssen. Dieser Vorschlag ist die Einleitung des Kalten Krieges..."

* * *

Aufruf des Bundesvorstandes der FIDEF vom 17.November 1979

"Aufrüstungsplan der NATO stoppen!"

Die Völker und alle Werktätigen der Welt verfolgen die bedeutenden Entwicklungen nach dem Berliner Friedensappell der Sowjetunion vom 6.Oktober 1979 mit größtem Interesse.

Der NATO-Rat wird vom 10.-14.Dezember in Brüssel tagen und über die Herstellung und Stationierung der Nuklearraketen in Westeuropa entscheiden. Um dem Wettrüsten, dieser schweren Last auf den Schultern der Völker Einhalt zu gebieten und den Frieden zu sichern, zieht die Sowjetunion einen Teil ihres Militärs und ihrer Waffen ab, während die NATO den umgekehrten Weg geht.

Die unerträglichen Lasten der neuen NATO-Aufrüstungspläne müssen wiederum die Völker der NATO-Länder, das heißt wir, die Werktätigen, tragen. Die BRD, die diesen Plänen vor allen anderen Ländern zugestimmt hat, wird den Löwenanteil der von uns und den deutschen Werktätigen gezahlten Steuergelder für Aufrüstung und für neue Raketen ausgeben, während sie unseren Kindern in der BRD keine

genügende Ausbildungsmöglichkeiten, unseren Jugendlichen keine Berufschancen sichert.

Während sich in unserem Lande Millionen Bürger, unsere Brüder, unter Arbeitslosigkeit, Bildungsnot und Armut plagen, müssen nun die Produkte ihres Fleisses in die NATO-Aufrüstung fließen. Noch dazu werden die in unserem Land stationierten atomaren Waffen die Sicherheit unserer Länder und das Leben unserer Völker eher gefährden und bedrohen, als sie zu schützen.

Also: "Nein zum neuen Aufrüstungsplan der NATO!"

Wenn sowohl die Türkei, als auch die BRD abrüsten würden, dann liegt dies im Interesse der Arbeiter aus der Türkei. Die Schritte in Richtung Abrüstung und der Verminderung der Militärausgaben werden neue Quellen in der BRD zur Lösung auch unserer Probleme, und der unserer Kinder schaffen.

Für unser Land, das als Folge der Bindungen an die NATO von imperialistischen Ländern an den Rand des Abgrunds getrieben wurde, hieße dies, neue Quellen für die Lösung dringendster Probleme. Daher ist es notwendig, unverzüglich dem Aufruf der Sowjetunion zu folgen und die Verhandlungen über die Abrüstung aufzunehmen.

Nur so ist die Entspannung und die Vertiefung der Sicherheit zwischen den Ländern möglich. Dies liegt im Interesse aller Werktätigen und Völker der Welt...

FIDEF erachtet als notwendig, daß unsere Arbeiter im Ausland ihre Kräfte zusammenschließen, mit Unterstützung der europäischen Friedens- und Demokratiebewegung, ihre Solidarität mit den demokratischen Kräften zu verstärken. FIDEF ist bereit, ihre Aufgaben in diese Richtung zu erfüllen.

FIDEF ruft unsere Arbeiter im Ausland auf, gegen die Aufrüstungspläne der NATO, für die jüngste Friedensinitiative der Sowjetunion, gegen den Druck des Kriegsrechts und der neuen Nationalistischen-Front-Regierung von Demirel und Türkeş, gegen die Politik der NATO-Bindungen ihre Stimme zu erheben.

FIDEF ruft alle unsere Arbeiter und demokratischen Organisationen zur Teilnahme an folgenden Veranstaltungen auf:

Friedensfest am 1.Dezember 1979, 19 Uhr in Essen

Demonstration "Nein zur NATO" am 9.Dezember 1979, 14 Uhr in Brüssel/Belgien



FIDEF auf der UNESCO Tagung

Auf Einladung der UNESCO (UN-Organisation für Bildung, Wissenschaft und Kultur) nahm FIDEF an einer Expertentagung über die "Bildungssituation ausländischer Arbeiter und ihrer Familien" vom 10.bis zum 14.September 1979 in Paris teil.

Der Konferenz, an der zahlreiche Experten aus Entsende- und Anwerbeländern sowie Vertreter von internationalen Organisationen, wie Europäische Gemeinschaft, Europäischer Rat und Internationale Arbeitsorganisation (ILO) teilnahmen, legte FIDEF einen 20-seitigen Bericht vor, in dem auf die nach wie vor katastrophale Bildungssituation der ausländischen Kinder und Erwachsenen in der BRD ausführlich eingegangen wurde.

Auch die Einflußnahme der von der neofaschistischen MHP dominierten Korankurse auf die türkischen Kinder und trotz allen anders lautenden Bekenntnissen einiger Politiker deren Duldung und bei nahe Förderung (wie zuletzt durch den Regierungspräsidenten in Düsseldorf geschehen), wurde zur Sprache gebracht.

Die Konferenz endete mit der einmütigen Aufforderung der Teilnehmer an die UNESCO, ihr Programm in Bezug auf die ausländischen Arbeit in verschiedenen Regionen zu erweitern.

(Entnommen der "Information" der FIDEF)



TÜRKEI NACH DEN WAHLEN



DIE MILITARS PASSTEN AM WAHLTAG AUF (!)

Am 14.Oktober 1979 wurden in der Türkei in 25 der 67 Provinzen ein Drittel der Senatoren in direkter Wahl neu bestimmt. Gleichzeitig fanden Wahlen für die 5 durch Todesfälle während der jetzigen Legislaturperiode freigewordene Abgeordnetensitze statt. Es versteht sich fast von selbst,daß die Zeit vor und während der Wahlen vom faschistischen Terror geprägt war.Da der faschistische Terror in einem gesonderten Teil unserer Zeitschrift ausführlich behandelt wird,gehen wir an dieser Stelle nicht näher auf ihn ein. Es muß jedoch festgestellt und unterstrichen werden,daß unter Kriegsrechtbedingungen und verschärftem Terror von demokratisch durchgeführten Wahlen nicht gesprochen werden kann.

Bei den unter Kriegsrechtsbedingungen stattfindenden Wahlen

konnten die reaktionär-faschistischen Kräfte einen eindeutigen Sieg erringen. Währen der Republikanischen Volkspartei (CHP) Ecevit's lediglich 12 Senatorensitze zufielen,gewann die großbürgerliche Gerechtigkeitspartei(AP) unter Vorsitz von Demirel 33 Senatoren und alle 5 Abgeordnetensitze.Von den restlichen fünf Senatorensitzen konnte die islamische MSP (Nationale Heilspartei) vier und die faschistische MHP eine für sich beanspruchen.

Ausgehend von diesen Ergebnissen kann man die folgende grundlegende Festellung treffen: Die unkonsequente,dem Imperialismus angelehnte Politik der CHP-Regierung war ein wesentlicher Faktor für den Wahlsieg reaktionär-faschistischen Kräfte.Wer gehofft oder gedacht hatte,daß die CHP-Regierung den Demokratisierungsprozeß vorantreiben (so wie sie es versprochen hatte), die Gefahr des Faschismus entschloßen bekämpfen,und eine vom Imperialusmus unabhängige Politik betreiben würde,sah sich auf der ganzen Linie getäuscht. Prof.Mümtaz Soysal,ein Kolumnist der bürgerlich-liberalen Tageszeitung "Milliyet" beleuchtet einen Aspekt dieser doppelzüngigen Politik mit der folgenden Frage : "Hat die Türkei sowohl auf politischem,als auch ökonomischem Gebiet nicht sehr vieles dadurch verloren,daß im Sinne einer unabhängigen Politik die US-Militärbasen nicht ein für alle mal geschlossen wurden,sondern man sich an die finanziellen Versprechungen glaubend für die Rolle des treuen NATO-Verbündeten entschied ?" ("Milliyet" vom 17.10.79)

Wenn man die Ergebnisse der Wahlen rein zahlenmäßig betrachtet, dann kommt man zu weiteren Erkenntnissen. Die Parteien der Nationalistischen Front (AP-MHP-MSP) konnten ihren absoluten Stimmenanteil um nur ca. 1% erhöhen. Demgegenüber verlor die CHP ca. 1 Million Wähler, Allein daraus geht eindeutig hervor,daß die reaktionär-faschistischen Kräfte keine nennenswerten Wählerschichten für sich gewinnen konnten und ihr Wahlsieg zum größten Teil auf die den imperialistischen Zwängen nachgebende Politik der CHP Führung zurückzuführen ist. Denn gerade diese den Interessen des Volkes,der demokratischen Kräfte entgegengestellte Politik brachte es mit sich,daß 1 Million CHP-Wähler sich von ihr abwendeten, daß die faschistische Demagogie auf Hochtouren laufen und ein alt gedienter Vertreter der in- und ausländischen Monopole wie S.Demirel sich als "Retter der Nation" geben konnte.



TÜRKES UND DEMIREL ARM IN ARM. TÜRKES FÜHLT SICH AN DER MACHT.

Wie auch schon am Anfang angesprochen,nahmen die linken Kräfte unter verschärftem faschistischen Terror an den Wahlen teil. Allein die Tatsache,daß die Wahlen unter Kriegsrechtsbedingungen stattfanden,brachte eine Reihe von Verboten und Unterdrückungsmaßnahmen mit sich. So wurden die Rundfunkreden der Sprecher der sozialistischen Parteien kontrolliert,die Wahlbüros der fortschrittlichen Kandidaten überfallen,ihr Propogandamaterial beschlagnahmt und Veröffentlichungen verboten. Die Anwendung der faschistischen Paragraphen 141-142 (des StGB) ließ nichts zu wünschen übrig.

Die legale Teilnahme der KPdT an den Wahlen wurde auch diesmal untersagt. Trotzdem griff sie aktiv in das Wahlgeschehen ein. Bakiye Beria Onger,die Vorsitzende des kurz vor den Wahlen verbotenen "Progressiven Frauenvereins" (IKD) wurde als unabhängige Kandidaten von Istanbul von der KPdT unterstützt.

Trotz aller Einschüchterungsmaßnahmen errang sie einen erheblichen Stimmenanteil.

Ein wesentlicher Aspekt aus der Sicht der fortschrittlichen Kräfte war die Tatsache,daß die Einheitskandidaten der Demokratiekräfte relativ erfolgreich waren. Dies ist eine Erkenntnis,auf der aufgebaut werden sollte. Beim Kampf für die Zurückdrängung der reaktionär-faschistisches Kräfte gilt es deshabb, den Fortschritt in dieser Richtung auszubauen und die Einheit aller nationaldemokratischen Kräfte herzustellen.

Parteitag der CHP

Als nach der Wahlniederlage der CHP-Vorstand geschlossen zurücktrat und in der ersten Woche des Novembers ein außerordentlicher Parteitag angesetzt wurde,nahmen viele an,daß ein Wechsel in der CHP-Spitze bevorstünde.Obwohl sich die äußerst heterogene Opposition innerhalb der CHP zusammenschloß,setzte sich Ecevit'sMannschaft durch.Einleitende Worte Ecevit's auf dem Parteitag "Die CHP ist nicht sitzengeblieben,sie muß nur die Prüfung wiederholen" waren gut dazu geeignet,darzustellen,wie die CHP-Führung versuchen will,die Probleme des Landes zu meistern.
Fazit: Nichts neues bei der CHP!

Die neue Regierung

Verschärfte Unterdrückungsmassnahmen

Kurz nach den Wahlen trat die Ecevit-Regierung zurück. Nach einwöchigem Tauziehen erklärte sich Demirel bereit,die neue Regierung zu bilden. Als die Unterstützung durch die MHP und MSP,veröffentlichte der AP-Vorstand 51 Grundprinzipien für die Tätigkeiten der zu bildenden Regierung.Einige dieser Prinzipien lau[illegible]

- Wiederherstellung der Herrschaft der Gesetzt und der Ordnung
- Die Säuberung des Staates von den Staatsfeinden
- Engere Gestaltung der Beziehungen zu der "freien Welt" einschließlich EG,IWF und NATO
- Sofortige Ergreifung jeglicher Maßnahmen zur Bekämpfung der Gefahr des Kommunismus
- Die Gründung der Staatssicherheitsgerichte

(Aus der Milliyet vom 31.10.79)

Wie man aus diesen wenigen Grundsätzen erkennt,ist das Hauptziel der neuen Regierung die Zerschlagung der demokratischen Kräfte der Türkei. Demirel's Minderheitsregierung,die eigentlich nichts anderes als eine verdeckte Variante der Nationalistischen Front ist (Nationalistische Front kam zwischen 31.3.75-31.12.77 zwei mal an die Macht und trieb das Land in ein wirtschaftliches,politisches und soziales Chaos),wird bei diesem Vorhaben von den Unternehmern kräftig unterstützt. In einer Erklärung des Unternehmerverbandes wird von der Regierung folgendes verlang:

- Verabschiedung der Gesetzt,die die Ordnung im Lande betreffen
- Durchgreifbare Anwendung der Paragraphen 141 und 142
- Gründung der Staatssicherheitsgerichte
- Reduzierung des staatlichen Sektors auf ein Minimum
- Belebung der Beziehungen zur Europäischen Gemeinschaft
- Wirksame Kontrolle der Gewerkschaften
- Ergreifen von Maßnahmen,die die durch zu hohe Löhne verursachte Inflation verhindern.

Noch bevor die Demirel-Regierung am 24.November die Vertrauensabstimmung bestand,blühte der Abgeordnetenmarkt auf. Der AP gelang es die Parlamentarier Akova,Özer,Karaaslan,Adibelli und Eyüboglu abzuwerben. "Noch ein Transfer für die AP",so hieß es in der Tageszeitung "Hürriyet" vom 24.11.79. An die Tatsache,daß Parlamentarier käuflich sind,hat sich die Öffentlichkeit jedoch so sehr gewöhnt,daß solche Nachrichten kaum noch beachtet werden.

Die weitere Verschärfung der Unterdrückungsmaßnahmen ließ nicht lange auf sich warten. Nach dem Verbot des IKD (Progressive Frauenverein) wurde auch der IGD (Progressivs Jugendverein) verboten. Die Zahl der Festgenommenen steigt von Tag zu Tag. So wurde der verantwortliche Redakteur der fortschrittlichen Tageszeitung "Politika" Aydin Engin verhaftet.

Mit der Begründung "der Gründung einer illegalen Organisation" wurden alle 15 führenden Funktionäre des TÖB-DER (Lehrerverband), unter ihnen der Vorsitzende Gültekin Gazioglu kurzerhand festgenommen. Die verschärfte Unterdrückung bringt zum Ausdruck,daß die Gefahr des Faschismus bedrohlicher geworden ist. Die Zurückdrängung dieser Gefahr steht auf der Tagesordnung.

Die breiten Protestaktionen gegen diese Unterdrückungsmaßnahmen bleiben nicht auf nationaler Ebene. Die Arbeiter im Ausland und ihre Organisationen haben sich dieser Protestkampagne angeschlossen.

Auch die ausländischen Parteien und Organisationen solidarisieren sich mit den Verhafteten und den verbotenen Organisationen. So sandte zum Beispiel das Zentralkomitee der Französischen Kommunistischen Partei folgendes Telegramm an den Staatspräsidenten der Türkei:

Sehr geehrter Fahri Korutürk,
Staatspräsident der Türkischen Republik
Ankara/Türkei

Wir haben von dem Verbot des "Progressiven Jugendvereins" (IGD) erfahren. Wir verurteilen diese Entscheidung,die gegen grundsätzliche demokratische Forderungen gerichtet ist.
Währenddessen ermorden rechtsextremistische,bewaffnete Kommandos Arbeiter,Intellektuelle und Bürger der Türkei,deren alleinige Schuld darin besteht,die demokratische Freiheiten zu verteidigen.
In dem Glauben,daß wir die Gefühle der Demokraten Frankreichs und der Mehrheit unseres Volkes zum Ausdruck bringen, fordern wir Sie,sich dafür einzusetzen,daß dieses willkürliche Verbot aufgehoben wird.

Zentralkomitee der
Französischen Kommunistischen Partei

* * *

Tarifverhandlungen unter dem Kriegsrecht

Die im Oktober 1979 in der TUrkei stattgefundenen Teilwahlen und ihre Ergebnisse tragen nichts zur Lösung der politischen und ökonomischen Krise des Landes bei. Im Gegenteil - die gesellschaftlichen WidersprUche verschärfen sich.

Etwa eine halbe Million Arbeiter, das sind ein Drittel der gewerkschaftlich organisierten Arbeiter, treten in diesem Jahr in Tarifverhandlungen unter Kriegsrechtsbedingungen, einer steigenden Inflationsrate, Arbeitslosigkeit und zunehmenden faschistischen Terrors.

Diese Tarifverhandlungen sind nicht nur für Gewerkschaftsmitglieder von Bedeutung, sondern für alle Werktätigen des Landes. Sie sind von Bedeutung sowohl für Einzelbetriebe als auch für die Großkonzerne in der Türkei.
Es ist kein Zufall, daß in Geheimdokumenten des "Internationalen Währungsfonds" (IWF) auf diese Tarifverhandlung hingewiesen wurde und deren Bedeutung hervorgehoben wurde. (Siehe Savaş Yolu, 1.11.79).

Die besondere Bedeutung der diesjährigen Tarifverhandlungen liegt darin, daß die ökonomischen Forderungen der Gewerkschaften unter den Bedingungen des Kapitalismus immer mehr politischen Charakter annehmen.

In den Jahren zwischen 1965 und 1971 trat die Entwicklung des Monopolkapitalismus in eine neue Phase ein. Rechtliche und strukturelle Institutionen der Monopole, wie Holding- und Aktiengesellschaften, bildeten sich.
In dieser Periode konnte die Monopolbourgeoisie ihre Macht in allen Zweigen der Industrie sowie im politischen Leben, merklich steigern, sodaß Kleinbetriebe nicht mehr selbständige Entscheidungsmöglichkeiten in ihren Geschäftsangelegenheiten besitzen. Dies trifft besonders für Betriebe in der Metallindustrie zu. Diese Tatsache wirkte sich besonders auf die Festsetzung der Produktpreise und bei Tarifverhandlungen aus.

Monopole kontrollieren die gesamte Wirtschaft

1977 wurde, nachdem die Tarifverhandlungen gescheitert waren, von der Metallarbeitergewerkschaft Maden-iş der Streik beschlossen. Er umfasste ca. 40 000 Metallarbeiter und löste Solidaritätsaktionen im In- und Ausland aus. Der Versuch seitens Maden-iş, mit Einzelbetrieben separate Tarifverhandlungen zu führen scheiterten an der Drohung des Arbeitgeberverbandes der Metallindustrie (MESS), diese Einzelbetriebe gegebenenfalls mit einem ökonomischen Embargo zu belegen.

Zusammenfassend kann man feststellen, daß bei Kontrolle des gesamten ökonomischen Bereichs durch die Monopole, die gewerkschaftlichen Forderungen gleichzeitig einen politischen Charakter erhalten.

Die Metallarbeitergewerkschaft Maden-iş geht davon aus, daß der Kampf um neue Tarifverträge nicht losgelöst ist von dem Kampf gegen Faschismus und Imperialismus. Von daher ist es nicht ein Kampf allein der Gewerkschaftsmitglieder.

Aus diesem Grund wurden von Maden-iş in den Betrieben "Kommitees für die Tarifverhandlungen" gegründet (siehe Politika, 3.9.79). Inzwischen sind über 4 000 Arbeiter in ihnen aktiv. Diese Kommitees beteiligen sich direkt an der Festlegung der Forderungen für die Tarifverhandlungen, sie mobilisieren darüber hinaus die Gewerkschaftsmitglieder und beziehen nicht gewerkschaftlich organisierte Arbeiter in diese Arbeit mit ein. Sie kämpfen für die Aktionseinheit sowohl in den Betrieben als auch in den Wohngebieten, für den Kampf gegen Faschismus und Imperialismus.

In der Zeit der Tarifverhandlungen verschärfen sich die faschistischen Angriffe. Faschistische Gewerkschafter werden von MESS finanziell unterstützt. Die Kriegsrechtsbedingungen sowie die Forderungen des IWF, die einen Lohnstop beinhalten, erschweren die tariflichen Auseinandersetzungen.

Die Ergebnisse dieser Verhandlungen im Metallbereich werden auch die anstehenden Tarifverhandlungen in anderen Industriezweigen beeinflussen. Mit Hilfe des Kriegsrechts wurde - außer in Istanbul und Ankara - Streikverbot erlassen. Insgesamt wurden in den letzten 22 Monaten 27 Streiks seitens der Regierung verboten (siehe Politika, 28.9.79).
Es besteht die Gefahr, daß dieses Streikverbot bei Beginn der Tarifverhandlungen auch auf Istanbul und Ankara ausgedehnt wird.

Von Maden-iş wurde ein Forderungskatalog aufgestellt und ihren Mitgliedern zur Diskussion vorgelegt. Das durch Änderungsvorschläge modifizierte Konzept für die Tarifverhandlungen wurde inzwischen von allen Kommitees einstimmig angenommen und als Forderung an MESS geleitet (siehe Politika, 27.10.79).

Der Generalsekretär der Internationalen Union der Metallarbeitergewerkschaften (Mitglied des Weltgewerkschaftsbundes) Pierre Baghi, hat in einer Presseerklärung die Solidarität der 22 Millionen Mitglieder seiner Organisation mit dem Kampf von Maden-iş zugesichert (siehe Politika, 26.10.79).
Am 27.10.79 berichtete die Tageszeitung Politika:
" Die Arbeiter haben ihre Forderungen an MESS gestellt. Die Tarif-

verhandlungen betreffen 108 Betriebe und 50 000 Arbeiter. Der Vorsitzende von Maden-iş Kamal Türkler erklärte dazu: 'Die Krisenlasten werden die Arbeiter nicht tragen!'".

Forderungen der Maden-İş

Am 28.10.79 wurden die gewerkschaftlichen Forderungen in Politika veröffentlicht:
- Steigerung der Stundenlöhne im ersten Jahr um 35-45 türkische Lira (TL), im zweiten Jahr um 35-50 TL,
- Erhöhung der Sonderzuschläge auf fünf bis sieben Monatslöhne pro Jahr,
- eine jährliche Extra-Zuwendung von 15-25 000 TL,
- Arbeitszeitverkürzung auf 42 Stunden pro Woche,
- keine vorübergehende Beschäftigung, sondern Dauerbeschäftigung,
- Bildung einer "Kommission für Arbeitsschutz", in der Arbeiter und Arbeitgeber paritätisch beteiligt werden,
- das Recht inhaftierter Arbeiter, bis zu 9 Monaten Haft ihren Arbeitsplatz zu behalten,
- finanzielle Entschädigung bei Entlassungen,
- keine Nachtschicht für Frauen und Jugendliche unter 18 Jahren.

* * *

IN 2 JAHREN ÜBER 2500 TOTE



BEI EINEM ANGRIFF AUF EIN ARBEITER-CAFEHAUS IN ISTANBUL MORDETEN DIE FASCHISTEN 6 ARBEITER

Ermutigt durch die Haltung der Ecevit-Regierung vor den Wahlen und durch den reaktionären Machtantritt Demirel nach den Wahlen eskalierte faschistischer Terror immer mehr.So wurden zahlreiche Persönlichkeiten Professoren,Gewerkschaftler,Lehrer,Ärzten,Staatsanwälte und auch Polizeipräsidenten kaltblutig ermordet.Innerhalb von zwei Jahren forderte der faschistische Terror in der Türkei über 2500 tote.
Am 11.September wurde der beliebte Demokrat,Prof.Fikret Ünsal stellvertretender Dekan der medizinischen Fakultät in Adana, laut Polizeiangaben von Aydin Telli,dem Komplicen von Ferhat Tüysüz,ermordet.Dardefhin stellte der Vorstand der Universität in Adana die ganze Tätigkeit ausser Erste Hilfe-ein um gegen diesen Mordtat der Faschisten zu protestieren.

Am 18. September wurden 6 Lehrer -davon vier Mitglieder der Töb-der in Adana in einem Heim überfallen und ermordet.
Am 28. September wurde der Polizeipräsident der Provinz Adana Ce-

vat Yurdakul,auf dem Weg zu seinem Amt in seinem Dienstwagen erschossen.
Cevat Yurdakul war ein Demokrat und vom Anfang an Ziel der Grauen-Wölfe. Wie Milliyet vom 30.9.79 berichtet von dem wegen 17-fachen Mordes angeklagten Yunus Uzun (siehe die Geständnis von Tüysüz) mehrmals telefonisch bedroht.
Er bedrohte ihn einmal folgendermassen "Sie haben Ferhat Tüysüz festgenommen.Erwar ein netter Mensch.Verwickeln Sie in diese Ereignisse nicht den Namen unserer Partei.Wir werden im Jahre 1981 an die Macht kommen.Dann werden wir Sie und ihre Polizeidirektoren ermorden."

Yudakul hatte seit seinem Amtsantritt ,dem 24.März 1979,über mehrere "Graue Wölfe" wegen Mordes festgenommen.Yunus Uzun und Ferhat Tüysüz waren unter diesen.
Sogar die MHP-Funktionäre zielten auf seine Person ab.Am 30.August sagten die MHP-Abgeordneten,Cengiz Gökcek und Ali Gürbüz,auf einer Pressekoferenz in der Stadt Adana :"Wenn Cevat Yurdakul auch ins Ausland flüchten würde,werden wir ihm auf den Fersen bleiben."
Aufgrund dieses Mordes legten 400 Polizeibeamten in Adana aus Protest ihre Arbeit nieder und protestierten gegen die Haltung des Kriegsrechtskommandantenin Adana.Später wurden 50 von ihnen mit der Amtsentfernung seitens der Ecevit-Regierung bestraft.
Die Bewohner der Stadt demonstrierten ,obwohl es vom Kriegsrecht nicht erlaubt war,auf den Straßen von Adana und forderten immer wieder den Verbot der MHP und der ÜGD.

Am 29.September überfielen die Faschisten ein Café in Bayrampasa-Istanbul.Sie stellten die Besucher erst an die Wand und feuerten danach auf sie mit MP's. 6 Menschen kamen dabei ums Leben und mehrere wurden verletzt.

Am 19.November wurde der Proffessor Ümit Yasar Doganay,der stellvertretende Dekan politologischer Fakultät,heimtückisch von Faschisten in seinem Wagen erschossen.

Am 16.November wurde der ehemalige Vorsitzende des Lehrerverbandes TÖB-DER in Istanbul,Talip ÖZTÜRK,ein verdienter Lehrer,von zwei Faschisten niederträchtig erschossen.Sie hielten ihn vor siener Schule fragten nach seinem Namen und schossen dann auf

ihn,gezielt auf sein Herz.Jede Hilfe kam zu spät.Gegen diesen faschistischen Mordanschlag erhoben die brietesten Schichten demokratischer Kräfte,Gewerkschaften,Parteien,bis zu Einzelpersonen, ihre Stimme.Die Jugendlichen,seine Schüler brachten ihre Protest mit Demonstrationen ind Kundgebungen zum Ausdruck.Seine Beiset-

zung wurde zu einer Kampfdemonstrtion gegen den eskalierenden Faschismus.Zehntausende nahmen an dem Trauerzug teil.



An dem Trauerzug von Talip Oztürk nahmen zehntausende teil.

Es ist sicher,gestützt auf die reaktionären Demirel-Regierung, werden die "Grauen Wölfe" ihre Mordtaten künftig unbehelligt fort-setzen.Sogar die festgenommenen bzw.verurteilten "Grauen Wölfe" werden inofizziell auf den freien Fuß gesetzt.Ein Zeichen dafür ist das Entkommen des Mörders des Chefredakteurs der liberalen Tageszeitung "Milliyet",Abdi Ipekci,aus dem Militärgefängnis in Istanbul.Dies geschah am 25.November; ein Tag zuvor erhielt die Demirel-Regierung das Vertrauensvotum im Parlament.

Erschreckende Geständnisse

Ferhat Tüysüz, einer der bekanntesten "Grauen Wölfe", gestand bei seiner erneuten Verhaftung am 25.August dieses Jahres in Adana vor der Staatsanwaltschaft, dem Kriegsgericht und der Polizeidirektion von Adana, seine grausamen Mordtaten sowie sei-

ne unmittelbare Verbindung zur faschistischen Partei MHP. Im folgenden veröffentlichen wir hier Zitate seiner Äußerungen, entnommen der Tageszeitung Cumhuriyet vom 28.-30.September.

"... nach zwei, drei Tagen ging ich wieder in den Bezirk, in dem wir auf ein Cafe einen Bombenanschlag verübt hatten. Zufällig traf ich dort den Lehrer Mustafa Yaşar, ein Mitglied des TÖB-DER. Aus Haß gegen die Linken gab ich acht Schüsse auf ihn ab. Aus den Zeitungen erfuhr ich dann später, das er tot war. Am selben Abend ging ich ins MHP-Bezirksbüro von Beyoglu/Istanbul. Dort übernachtete ich mit Mahmut Çelik. Dann ging ich zum MHP-Parteibüri in Şişli und blieb dort zwei Tage lang..."

"...Immer wenn wir kein Geld hatten, gab uns die MHP 300 bis 500 TL, damit versorgten wir uns bei der ÜGD (Idealistenvereine) mit einer Schachtel Patronen für 275 TL... Nach dem Überfall auf das Cafe ging ich zur MHP-Bezirksorganisation in Şişli...Da ich seit längerer Zeit von der selben Waffe Gebrauch gemacht hatte, mußte ich sie wechseln. Dies sagte ich in Şişli, im MHP-Büro zu Şeref, der gab mir eine andere, in der Art von 9 mm-Kaliber."

"...Als wir auf das Cafe Olimpiat schossen, wollten wir eigentlich nur unsere neu gekauften Waffen ausprobieren...Wir wußten, daß dieses Cafe von linksgerichteten Leuten besucht war..."

"Meine Freunde Saim Dalli und Ali Odak sagten mir, daß mich der Vorsitzende der ÜGD (Idealistenverein) in Istanbul, Recep Öztürk, mich sprechen möchte. Wir sind zu ihm gegangen. Er gab uns drei automatische Waffen, die 32 Geschosse abfeuern können. Am Abend sagte er mir, ich soll mit den Kameraden gehen... Etwa gegen 20 Uhr hielten wir vor einem Cafe. Ali Odak sagte: 'Genau hier ist es'. Wir feuerten auf das Cafe. Später erfuhr ich, daß zwei Gäste des Cafes ums Leben kamen..."

"...Später gab uns der 2.Vorsitzende der ÜGD, die damals wegen des Kriegsrechts geschlossen war, 8 Stück, fünf Hunderterscheine...."

"Die vom Kriegsrecht geschlossene ÜGD arbeitete in der MHP, für sie war ein Zimmer reserviert..."

Nachdem er auf drei Schüler der Handelsschule geschossen hatte, zwei von ihnen kamen dabei ums Leben, berichtet er von einem anderen Anschlag am selben Abend auf ein Cafe wie folgt:

"Im Bezirk Meydan riefen wir ein Taxi des Taxiunternehmens "Meydan". Da wir wußten, daß die Fahrer dieses Unternehmens links stehen, wollten wir auch den Fahrer töten. Es kam ein Taxi mit einem blonden Fahrer. Wir stiegen ein... Yunus Uzun sagte zu Salih Ibis, er müsse den Taxifahrer töten, weil er bis jetzt noch niemanden getötet habe....Daraufhin gab ich meine Pistole Barette an Ibiş....Er feuerte auf den Fahrer fünf oder sechs Schüsse ab. Um sicher zu gehen, gab ich weitere Schüsse ab. Er war sofort tot. Danach nahmen wir alle zusammen das Cafe in Sinonpaşa unter Beschuß... Die Waffen gab ich Yunus Uzun...Wir sind dann zum MHP-Parteibüro gegangen und forderten von Galip Kütük Geld. Daraufhin gab er mir und Ibiş 5000 Lira..."

In Haruniye verübte er weitere Bombenanschläge. Auf die Frage, wie er sich das Dynamit besorgt hat, antwortete er:
"Immer wenn wir Ali Senimli" (ein MHP-Mitglied) "sagten, wir wollen angeln , dann gab er uns Dynamit..."

Weiterhin berichtete er über zukünftige Opfer, darunter dem CHP-Bürgermeister der Stadt Urfa.

Er war Führer der „Vergeltungsbrigade"

Ein anderer "Grauer Wolf", Cengiz Ayhan, berichtet:
Cengiz Ayhan wird des vielfachen Mordes und zahlreicher Terror- und Bombenanschlägen angeklagt. Laut Angaben der Polizei ist er der Führer der illegalen faschistischen "Vergeltungsbrigade". Er wurde in der Stadt Içel festgenommen.

Er gab vor der Polizeidirektion in Içel zu, jegliche Hilfe von der MHP und ÜGD erhalten zu haben und sich vor seiner Festnahme in der Wohnung des Vorsitzenden der MISK (nationalistische Arbeitergewerkschaft), Mehmet Ali Ünlü und des Jugendvorsitzenden der MHP-Parteiorganisation in Tarsus/Işel, versteckt gehalten habe.
(Wie bereits in TÜRKEI HEUTE berichtet, explodierte in einem Gebäuder der MISK eine Bombe bei ihrer Herstellung).

Cengiz Ayhan versuchte seine Mordtaten auf andere abzuwälzen und schilderte sie wir folgt:
"Ich hatte in meiner Hand einen Hammer. Mein Komplice Abdulyahap

Kahraman hatte eine Schere in der Hand. Ich habe den Mund von Mesih Yönik fest zugebunden. Ich habe mit dem Hammer 4 bis 5 mal auf seinen Kopf geschlagen. Er blutete. Inzwischen stach Abdulvahap die Schere wie einen Dolch in verschiedene Stellen des Körpers hinein. Ich schlug noch mehr zu. Er war tot..."(Cumhuriyet,2.10.79).

Cengiz Ayhan gab an, vom Polizeidirektor der zweiten Abteilung der Polizeidirektion, Ömar Cengiz, Zuflucht erhalten zu haben. Der Polizist wurde vor kurzem aus dem Amt entfernt.

Cengiz Ayhan schrieb an die Mitglieder der "Grauen Wölfe" in der BRD und unterzeichnete die Briefe mit seinem Namen als Vertreter der illegalen "Vergeltungsbrigade" folgendermaßen: "Der einzige Führer, Demokrat und freiheitlicher Mensch, der das türkische Volk retten wird, ist Türkeş" (Cumhuriyet, 25.9.79).

Gestützt auf das Geständnis von Ayhan wurde laut Aussagen des Gouverneurs von Içel eine vom Jugendvorsitzenden der MHP in Içel/Tarsus gegründete Zelle der "Vergeltungsbrigaden" ausgehoben. Sechs der insgesamt neun Mitglieder wurden in dem MHP-Büro in Tarsus verhaftet. Sie sind des 7-fachen Mordes angeklagt (darunter ein rechtsgerichtetes Opfer). Zu ihren Opfern gehören unter anderem der Staatsanwalt von Tarsus und der ehemalige Gemeindevorsitzende der Arbeiterpartei der Türkei (TIP) in Tarsus.

MHP liefert die Waffen

Der Jugendvorsitzende der MHP in Tarsus, Mahmut Tart,ist zugleich Führer dieser illegalen Organisation. Er schildert seine Tat wie folgt:
"Als wir im Jugendbüro der MHP saßen, schlug ich Süleyman Kütahli und Ibrahim Gök vor, den Staatsanwalt Süreyye Emin zu töten. Der Vorschlag wurde angenommen..."
"Als der Staatsanwalt in der Tür seiner Wohnung erschien, wurde er von Ibrahim Gök mit sechs Schüssen erschossen...Sie brachten die Waffen zum MHP-Jugendbüro..."(Cumhuriyet, 5.10.79).

Aus Platzgründen können wir nicht alle so offen geschilderten Mordtaten von Tüysiz, Ayhan und anderen abdrucken. Diese wenigen Beispiele jedoch benötigen keinen Kommentar. Die Brutalität und Grausamkeit der Faschisten tritt offen zutage.

„Graue Wölfe" wickeln Heroingeschäfte ab

"Wir haben in letzter Zeit immer wieder Hinweise erhalten, daß auch rechtsextremistische Türken hinter dem Heroinhandel stehen", dies erklärte der für Rauschgiftfragen zuständige Leiter des Kriminalamtes Erich Strass gegenüber der Zeitschrift "Stern".

Dies müßte schon längst bekannt sein, denn bereits 1972 wurde der MHP-Senator Kudret Beyhan mit 146 Kilogramm Rohopium von der französischen Polizei festgenommen.
Laut "Stern" erhielt sein Nachfolger Izzet Sanyer eine persönliche Amnestie von den türkischen Behörden, und zwar in der Zeit der Nationalistischen-Front-Regierung im Jahre 1977. In dieser Regierung war Faschistenführer Türkeş Vizepräsident. Izzet Sanyer gilt als größter Heroin-Hersteller und Mafia-Mann. Die Beziehungen der MHP zur Máfia sind inzwischen bekannt.

Der wichtigste Mann des Westberliner Heroinhandels, der Inhaber des Nachtclubs Efes in der Hauptstr., Ismail Çakir, wurde im Juli dieses Jahres von der Polizei verhaftet. In der Juli-Ausgabe von TÜRKEI HEUTE wiesen wir bereits auf die enge Verbindung von Ismail Çakir mit den Tarnorganisationen der Grauen Wölfe, bzw. der MHP, sowie der rechtsextremistischen Zeitungen Anadolu und Tercüman hin, die mit allen Mitteln versuchen, Çakir aus seiner Verantwortung zu ziehen.

"Bei der damit verbundenen Beschlagnahmeaktion fanden die Polizisten auch einen Ordner mit Quittungen. Danach hatte Çakir in den letzten fünf Jahren rund 500 000 DM unversteuert an Geschäftspartner und ultrarechte Türkenvereine überwiesen." (Stern,Nr. 43/79)
"Mitglieder der Grauen Wölfe hatte der türkische Nachtclub-Besitzer Ismail Çakir als Leibwache, als er 1979 von Berlinern Rauschgiftfahndern hochgenommen wurde" (Stern,Nr. 43/79)

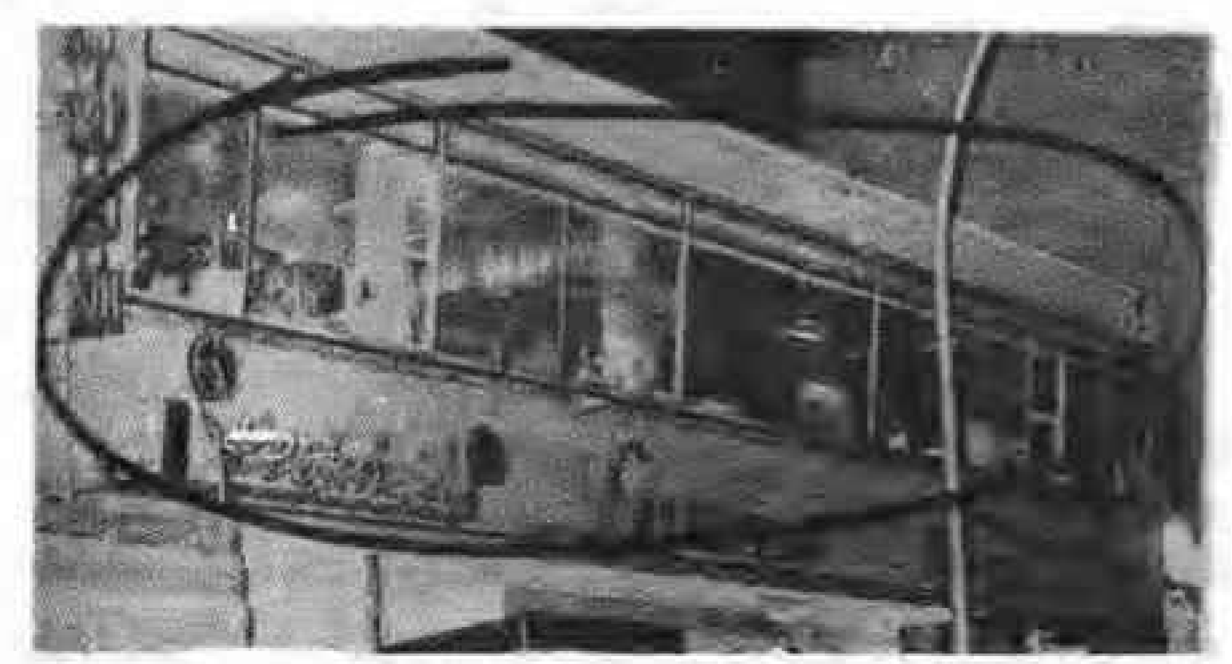
Man muß davon ausgehen, daß diese enorme Summe für den Ausbau der Organisationen der "Grauen Wölfe", für ihre Bewaffnung sowie für den Waffenschmuggel in der Türkei verwendet wird.

Der Stern berichtet über Äußerungen des mit 3,5 Kilogramm verhafteten ehemaligen Abgeordneten der Nationalen Heilspartei (MSP) Kahraman, der den Vorsitzenden seiner Partei der Bereitstellung von Heroin beschuldigte. Auch die MSP war Mitglied der Nationalistischen-Front-Regierung.
Doch die Zeitschrift nutzt diese Äußerungen um, ebenso wie Kahraman, die führende Rolle der MHP im Heroingeschäft zu verschleiern.

Dies ist nur ein Bruchteil der von MHP-Faschisten abgewickelten Heroingeschäfte in Westberlin. Sie betreiben dieses Geschäft seit Jahren und mit steigender Intensität. Es ist eindeutig, daß die finanziellen Mittel zur Bewaffnung und weiteren Organisierung der Grauen Wölfe aus diesen schmutzigen, massenmörderischen Heroingeschäften stammen, Geschäften, denen tausende Jugendliche in der BRD zum Opfer fallen.

Angesichts dieser Tatsachen tragen die zuständigen deutschen Behörden solange daran die Mitverantwortung, ebenso an jedem Tropfen Blut, das von türkischen und deutschen Demokraten in der BRD und Westberlin vergossen wird, solange sie nicht konsequent gegen die Grauen Wölfe vorgehen.

Behauptungen der zuständigen Behörden, sie hätten keine Beweise, bleiben unter Berücksichtigung oben genannter Tatsachen absurd!



Wedding,Badstr.9 - Heroinhandel !

In vielen von MHP-Leuten betriebenen Nachtlokalen wird der Heroinhandel getrieben. Unter anderem in dem Billardsalon in der Weddinger Badstr.9, dessen Inhaber Turgut inzwischen verhaftet wurde. Ebenso in dem Lokal Santral in der Potsdamer Str., das vor kurzen von der Westberliner Polizei geschlossen wurde.

Bezirksamt Kreuzberg fordert das Verbot der „Grauen Wölfe"

Die Duldung der Grauen Wölfe seitens der deutschen Behörden,die mehrmaligen Besuche des Faschistenführers Türkeş in der BRD und Westberlin, sein Zusammentreffen mit führenden CDU/CSU-Politikern, die Bildung einer reaktionären Regierung unter Demirel in der Türkei - dies alles ermutigt die Grauen Wölfe zu aggresiven Aktivitäten auch im Ausland, bzw. in der BRD und Westberlin.

So wurde die zu begrüßende Veranstaltungsreihe der Kreuzberger Jugendfreizeitheime vom 12.11.bis 16.11.79, "Jugend gegen Rechts" mehrmals von Mitgliedern der Grauen Wölfe überfallen. Zu diesen Vorfällen gab das Bezirksamt Kreuzberg, Abteilung Jugend und Sport eine Erklärung am 20.11.79 ab:

"Diese Veranstaltungsreihe, die über 1000 Jugendliche erreichte, wurde als sehr informativ und erfolgreich von den Teilnehmern eingeschätzt. Der dritte Tag dieser Veranstaltungsreihe (Mittwoch, der 14.11.79) lief unter dem Titel 'Türkei heute'. Auf dieser Veranstaltung waren ca. 350 türkische und deutsche Jugendliche und Erwachsene anwesend. Bis 20.00 Uhr verlief die Veranstaltung ohne Zwischenfälle. Aufgrund eines Telefonanrufes eines türkischen Jugendlichen, der bei mehreren Erziehern als "Grauer Wolf" bekannt ist, in dem behauptet wurde, daß er von ca. 20 Jugendlichen überfallen und eines Notizbuches beraubt worden sei, betraten ca. 10 mit Schutzhelmen versehene und 3 grün uniformierte Polizisten das JFH Blücherstraße.Eine Verständigung Heimleiter, Erzieher-Polizisten war nicht möglich. Aus der sich ansammelnden Menge der Jugendlichen und Erzieher suchte sich der Anrufer zwei ihm bekannte Jugendliche heraus und bezeichnete sie als Täter.
Diese wurden unter heftigem Protest der Anwesenden in Handschellen abgeführt. Die beiden Jugendlichen wurden ca.20 Stunden von der Polizei festgehalten. Sie durften weder ihren Arbeitgeber, noch ihre Familie benachrichtigen.

Dieser Vorfall ist außerordentlich zu bedauern, weil es einem "Grauen Wolf" durch einen miesen Trick gelang, eine Veranstaltung zu stören und durch die Polizei kein Kontakt zum Veranstal-

ter, dem Bezirksamt Kreuzberg, aufgenommen wurde.

Die Abschlußveranstaltung am Freitag, dem 16.11.79, im Haus der Jugend im Böcklerpark mußte unter Anwesenneit von Polizei stattfinden, um von vornherein Konfrontationen zu vermeiden.

In der Veranstaltung wurden Berichte über Überfälle und Drohungen durch die türkischen "Grauen Wölfe" und die deutsche Wiking-Jugend, als auch Informationen über die Entwicklung und Zielsetzung dieser Organisationen gegeben.

In einer anschließenden Diskussion wurde das Verbot der "Grauen Wölfe" von den ca. 400 Anwesenden gefordert.

Während die Abschlußveranstaltung ungestört verlief, zogen ca. 20 bis 30 ausländische Jugendliche unter Anführung des am Mittwoch bekannt gewordenen Denunzianten zum bezirklichen JFH Blücherstr. Dort schlugen sie einen Mitarbeiter des Hauses und zertrümmerten die Fensterscheiben. Die Polizei wurde hiervon benachrichtigt. Anschließend zog diese Gruppe der "Grauen Wölfe" in die Oranienstraße, wo sie ein Jugendtanzlokal verwüsteten. Es ist bekannt, daß viele der Jugendlichen, die das Jugendfreizeitheim besuchen, auch dort verkehren.

Diesen Gewaltaktionen muß der Boden entzogen werden. Wir fordern deshalb ein Verbot der "Grauen Wölfe"."

Aktivitäten aggressiver

Am Freitag, dem 23.November, kam eine Gruppe von etwa 40 bis 50 maskierten "Grauen Wölfen" auf den Wochenmarkt am Kottbusser Damm in Neukölln.
Sie versuchten die Verkäufer der sozialistischen Arbeiterzeitung "Kurtuluş", die in ihrer jüngsten Ausgabe über die Aktivitäten und Heroingeschäfte der "Grauen Wölfe" ausführlich berichtet hatte, anzugreifen.
Sie waren mit Eisenstangen und Messern bewaffnet und riefen "Tod den Kommunisten!", "Die Grauen Wölfe kommen!".
Die Entschlossenheit der "Kurtuluş"-Verkäufer sowie der Passanten, konnte den Überfall verhindern. Gemeinsam riefen deutsche und türkische Passanten "Graue Wölfe raus aus Westberlin!".

Einen Tag später, diesmal am Wochenmarkt am Leopoldplatz, versuchten erneut maskierte und bewaffnete Faschisten, die "Kurtuluş"-Verkäufer zu überfallen.
Dank heftiger Proteste der Marktbesucher und Passanten konnten die "Grauen Wölfe" nichts schlimmeres anrichten.

Beim ersten Überfall kam die Polizei eine Stunde später, beim zweiten Überfall stellte sich die Polizei eindeutig auf die Seite der "Grauen Wölfe". Sie durchsuchte lediglich einen von ihnen, fotografierten jedoch die "Kurtuluş"-Verkäufer und nahmen zwei von ihnen zur Wache mit - ohne Begründung.

Die maskierten "Grauen Wölfe" dagegen wurden nicht von der Polizei identifiziert. Handelt es sich bei ihnen um in der Türkei steckbrieflich gesuchte "Graue Wölfe", die bereits mehrere Morde begangen haben? Warum schützt die Westberliner Polizei die "Grauen Wölfe"? In einer "freiheitlich-demokratischen" Stadt gehen 40 bis 50 maskierte und bewaffnete Graue Wölfe auf die Strasse und bedrohen am hellichten Tag, in aller Öffentlichkeit Demokraten - und kein Polizist versucht ihnen den Schleier herunter-

Nach einer Meldung des Westdeutschen Rundfunks, türkische Sendung, vom 26,November, haben zwei Flugblattverteiler vor einem Kino in Frankfurt/am Main, mehrere Kinobesucher, die von ihnen verteilten Flugblätter ablehnten, mit Messerstichen verletzt. Einer von den Verletzten, Hasan Erdogan, schwebt im Lebensgefahr. Die Täter, die mit einem Wagen vom Ort flüchteten, hatten Flugblätter der "Türken Föderation", einer Organisation der "Grauen Wölfen" verteilt.

in der BRD gefaßt!

Nasibullah Türkel, einer der Massenmörder, die am 16. März 78 vor dem Universität in Istanbul auf Studenten eine Bombe warfen und dabei 6 Studenten ermordeten und mehrere verletzten, wurde in Kiel festgenommen. Nach Angaben der Tageszeitung "Hürriyet" vom 19. Oktober 79 soll er von der BRD-Polizei vernommen und dabei ausfürliche Informationen gegeben und Namen seiner Hehler in der BRD genannt haben Inzwischen wurde der Mörder in die Türkei geliefert.
Nach bisherigen Erfahrungen wäre es jedoch leichtgläubig, von der Polizei zu erwarten, daß sie nach vorliegenden Informationen gegen diese Hehler vorgehen würde. Es kann mit Sicherheit gesagt werden, daß auch diese Leute zu den "[illegible]" gehören und den Kontakt zwischen den Faschisten in der BRD und der Türkei herstellen.

Dokumentation

Ein "abtrünniges" MHP-Mitglied bat in der BRD um Asyl
(aus Politika vom 21.Oktober 1979)

"Verehrte Zuständige!
Ich, Ali Ihsan Karagülen, habe am 30.0.1979 aus politischen Gründen mein Land verlassen und bin nach Deutschland gekommen. Ich bitte, mir politisches Asyl zu gewähren.

Gründe:
Ich war in der Türkei als LKW-Fahrer im öffentlichen Dienst beschäftigt. Die politische Lage in der Türkei zwang mich vor Jahren, Politik zu treiben. Vor einigen Jahren trat ich in die rechte Partei MHP und ihre Nebenorganisation "Graue Wölfe" ein. Ich sympathisierte mit ihnen und unterstützte sie, da diese Partei und ihre Nebenorganisationen in ihren Gründungsjahren von einer sozialen Ordnung sprachen und die Verteidigung der islamischen Religion versprachen.
Mit der Zeit aber haben sowohl diese Partei als auch ihre Nebenorganisationen damit angefangen, ihre vermeintlichen Ziele zu verlassen und hinter den Kulissen anders zu intrigieren. Sie waren keine politische Organisationen mehr, sondern entarteten zu Mordbanden.

Da ich die gegen die Menschlichkeit und den Staat gerichteten Aktivitäten dieser Partei und ihrer Organisationen nicht billigte, mußte ich diese verlassen. Denn was sie alles trieben, war gegen meine Auffassungen von Menschlichkeit und von der Welt.

Aber nachdem ich sie verlassen hatte, verfolgten sie mich mit dem Ziel, mich zur Zielscheibe zu machen und umzubringen. Die Begründung war: ich hätte sie verraten. Mehrmals wurde ich von ihnen angehalten. Sie holten mich aus dem LKW heraus und schlugen so lange zu, bis ich ohnmächtig wurde. Jedesmal haben sie mich daran erinnert, daß ich entweder in die Partei und ihre Organisationen zurückkehren oder sterben müsse.

Es ist weltweit bekannt, daß es diese Partei und ihre Organisationen auf das Leben zahlreicher Menschen abgesehen haben. Da ich ständig von ihnen angehalten wurde, mußte ich meine Arbeitsstelle verlassen. Als sie mich unterwegs zur Arbeit nicht fan-

den, suchten sie mich in der Nähe meiner Wohnung. Einige Male wurde meine Wohnung beschossen. Die Fensterscheiben wurden eingeworfen, die Wände wurden durchlöchert.

Für mich war es auch keine Rettung, in einen anderen Ort zu gehen. Denn sie waren überall organisiert. Der einzige Ort, wo ich mein Leben retten konnte, war dann das Ausland. Aus diesem Grund und aus Angst, habe ich mein Land verlassen und bin in die BRD gekommen. Ich bitte Sie, meinem Antrag zu entsprechen."

Dieser Antrag wurde an die Ausländerbehörde in Mainheim in der BRD gereicht.

* * *



Nasibullah Türkel. Ein Massenmörder. Er wurde in Kiel von der BRD-Polizei festgenommen. Ein Beispiel für Mörder-"Graue Wölfe", die nach ihren Mordtaten ins Ausland flüchten. (Siehe Seite 24)



Machtvolle Trauerzug von Prof.U.Doganay, der vom "Grauen Wölfe" ermordet wurde.

IMPRESSUM

Herausgeber... : TBÖK, Gartenstr.96, 6000 Frankfurt/M. 70

Druck : Eigendruck, Katzbachstr.3, 1000 Berlin 61

Bestellung u.
Schriftwechsel: TTO, Katzbachstr.3, 1000 Berlin 61

Konto Nr. : 239 398-109 Postscheckamt Berlin - West

TÜRKEI HEUTE erscheint monatlich